

Die Umwälzung Afrikas seit 1945

Autor(en): **Mettler, Eric**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **41 (1961-1962)**

Heft 4: **Afrika im Umbruch**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-161224>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Umwälzung Afrikas seit 1945

ERIC METTLER

Die europäische Kolonialherrschaft in Asien ist im Lauf des zweiten Weltkriegs zusammengebrochen, unter dem Eindruck japanischer Waffen. Seither hat sie sich aus den meisten Ländern Afrikas zurückziehen müssen, getrieben von einem rapid an Stoßkraft zunehmenden Nationalismus westlichen Ursprungs, den der Kampf der Europäer unter sich bedeutend förderte. Die Araber Nordafrikas und des Nahen Ostens zogen aus den Anfangserfolgen von Hitlers Armeen den Schluß, daß Großbritannien und Frankreich nicht unbesiegbar seien. Gleichzeitig wuchs in den Städten eine neue Mittelschicht heran; der Effendi begann, sich gegen den Pascha aufzulehnen und fand in einem den Stammesbindungen entwachsenen Proletariat politische Manövermassen. Der Sieg Naguibs und Nassers über König Faruk beseitigte nicht nur die Reste britischer Vormundschaft im Niltal, sondern war auch eine intern bedingte, «bürgerliche» Revolution. Die Beendigung der britischen Herrschaft im Sudan und der Übergang des Suezkanals in ägyptischen Besitz ließen nur noch wenige Jahre auf sich warten.

Auch die schwarzen Bewohner Afrikas lernten, auf ihre Weise, die Lektion des zweiten Weltkriegs. Sie wurden in der Abwehr gegen die nationalsozialistische Tyrannei als Kämpfer für die Freiheit eingesetzt. Ihre jungen Führer kamen nicht nur von den westlichen Universitäten, sondern auch von den Schlachtfeldern mit einem veränderten Bild des weißen Mannes zurück. Mit seiner Gottähnlichkeit war es in ihren Augen aus. Sie begannen, die freiheitliche Ideologie des Westens auf die kolonialherrschaftlichen Verhältnisse in ihren Geburtsländern anzuwenden. Auch hier spielten soziologische Veränderungen eine große Rolle. Vor allem in den «liberal» geführten britischen und französischen Kolonien nahm die Zahl der Afrikaner, die nicht nur Lasten tragen, sondern auch Maschinen bedienen, auf eigene Rechnung für den Markt produzieren und sich eine politische Meinung bilden konnten, rasch zu.

Die Umwälzung Nordafrikas begann in Libyen. Die Siegermächte gestatteten dem geschlagenen Italien nicht, nach Tripolitanien und der Cyrenaika zurückzukehren. Einer kurzen Treuhandschaft der Vereinigten Nationen folgte schon 1951 die Unabhängigkeit unter König Mohammed Idris, vom ehemaligen Wüstenorden der Senussi. Es war lange nicht sicher, ob die durch die Große Syrte getrennten drei Teilregionen, aus denen sich das libysche König-

reich zusammensetzt, auf die Dauer beieinander bleiben würden; wahrscheinlich wirkt nun die Entdeckung großer Erdölvorkommen in ihrer Mitte als Kitt. Libyen war das am wenigsten entwickelte Gebiet Nordafrikas. Ausgerechnet ihm die Unabhängigkeit zuerst zu geben, mußte bedeuten, daß die weit mehr geschulte Leute enthaltende arabische Oberschicht in Tunesien, Algerien und Marokko bald auch laut danach rufen würde. Unter dem Druck der herrschenden Kolonistenminderheiten und zum Schutz seines imponierenden wirtschaftlichen Aufbauwerks in Nordafrika versuchte Frankreich jedoch zunächst jahrelang, sich gegen diese Logik zu stemmen. Bourguiba mußte nach Kriegsende im Exil leben. Er konnte erst 1949 in sein Land zurückkommen und war 1951 bereits wieder verhaftet. Es ging nochmals drei Jahre, bis Paris, erschüttert durch den Zusammenbruch in Indochina, nachzugeben begann. Die «innere Autonomie» kam 1955, die Unabhängigkeit 1956. In Marokko wurde 1951 der Sultan, Sidi Mohammed ben Jussef, von Frankreich zur Abdankung gezwungen, weil er sich mit den nationalistischen Kräften verbündet hatte. 1953 wurde er nach Madagaskar deportiert. Zwei Jahre später befürwortete sogar der Pascha von Marakesch, die konservative Gestalt, die an seine Stelle gesetzt worden war, Verhandlungen mit dem Sultan, um schwere Ausbrüche zu verhüten. Binnen kurzem war der Sultan König.

Nachdem Libyen, Tunesien und Marokko unabhängig geworden waren, schien die baldige Emanzipation des am weitesten entwickelten nordafrikanischen Landes unausweichlich. Doch Frankreich hielt an der Fiktion fest, Algerien sei eine französische Provinz und wurde darin von der Million europäischer Einwohner, die neun Millionen Arabern und Berbern gegenüberstehen, dauernd drohend bestärkt. Ferhat Abbas, der lange eine relativ gemäßigte Haltung einnahm, war nach dem Krieg vorübergehend im Gefängnis. Neben ihm regten sich radikalere Kräfte. 1954 begann der bewaffnete Aufstand, den Ahmed ben Bella von Kairo aus leitete. Der FLN (Front de Libération Nationale) wurde errichtet. 1957 kam das Hauptquartier nach Tunis. 1958 wurde dort unter Ferhat Abbas eine algerische Exilregierung gebildet. Kurz zuvor hatte in Paris das Fiasko der französischen Algerienpolitik, das in einer von Teilen der Armee aktiv unterstützten Siedlerrebellion gegen die Metropole dramatisch sichtbar wurde, General de Gaulle an die Macht zurück geschwemmt. Der große Mann begann auf eine liberale Lösung zuzusteuern. Am 15. April, am gleichen Tag, an dem Verwoerds Südafrika das Commonwealth verließ, bot Frankreich den algerischen Nationalisten Verhandlungen an. Bourguiba, der 1958 der Arabischen Liga den Rücken wendete, war als Vermittler behilflich. Die Bildung einer mohammedanischen Staatengruppe im Maghreb, im Fernen Westen der arabischen Welt, die ein gewisses Gegengewicht zum Reich Nassers bilden könnte, wird vielleicht bald möglich. Verlierer ist die europäische Minderheit in Algerien, deren Arbeit wesentlich zum Aufbau des Landes beigetragen hat. Was immer in Zukunft ihr völkerrechtlicher Status

sein möge — das Schicksal der italienischen Siedler in Libyen zeigt, daß sich der Europäer in einem solchen Fall in sehr einschneidender Weise umstellen oder in die unterentwickelten Gebiete des Mutterlandes zurückwandern muß.

Die Briten haben gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch einen nationalistischen Aufstand ihre Besitzungen zwischen dem Atlantik und dem Mississippi verloren. Sie bauten im Lauf des 19. Jahrhunderts in Asien und Afrika ein neues Empire auf, waren sich dabei aber stets halb bewußt, daß abhängige Gebiete eine Tendenz haben, früher oder später nach Selbständigkeit zu verlangen. Als Lord Lugard britischer Prokonsul in Westafrika war, legte er die Basis zu einer Politik, die Großbritannien fünfzig Jahre später gestattete, Ghana und Nigeria ohne tragische Erschütterungen aus der Obhut des Colonial Office zu entlassen. Das äquatoriale Klima half zur Aufstellung der Regel, daß der weiße Mann nur als Administrator und Kaufmann, nicht aber als Grundbesitzer anwesend sein dürfe. Es entstand keine europäische Minderheit mit Wurzeln im Boden. Die Bildung einer erzogenen einheimischen Oberschicht, die dereinst im Stande sein sollte, selbst leitende Funktionen zu übernehmen, wurde offiziell gefördert. Jemand wird zudem eines Tages untersuchen müssen, wie viel der gute Weltmarktpreis für Kakao und Erdnüsse zur raschen Emanzipation Westafrikas beitrug. Die Auseinandersetzung zwischen Kolonialmacht und Nationalisten spielte sich ohne Blutvergießen ab. Nkrumah wurde zwar 1950 verhaftet, aber schon 1951 aus dem Gefängnis entlassen, um auf der Stelle als Chef seiner in Wahlen siegreichen Partei Premierminister zu werden. Da sich zwischen der nationalistischen Intelligenzia und den am alten festhaltenden Häuptlingen — besonders dem König der Ashanti — Spannungen entwickelten, schlug Kolonialminister Lennox-Boyd eine Kompromißformel vor, die aber nach Erreichung der Unabhängigkeit im Jahre 1957 praktisch wieder unter den Tisch gewischt wurde. Es zeigte sich in Ghana zum ersten Male sehr deutlich, daß die fairen Spielregeln von Westminster für Afrika zu kompliziert sind. Das größte afrikanische Land, Nigeria, mit dreißig Millionen Einwohnern, erreichte die Unabhängigkeit im Oktober 1960. Hier drängte sich eine föderative Staatsform auf, denn den beiden christlichheidnischen Landesteilen des Südens steht der mohammedanische Norden mit seinen Emiren gegenüber. Zur Zeit sind «konservative» Gestalten am Ruder, die sich schon zehn Jahre lang in verantwortlichen Ämtern geübt haben. Doch weiß niemand, wie lange Nigerias dynamischster Politiker, Azikive, ruhig und dekorativ auf dem Posten des Generalgouverneurs sitzen bleiben wird.

In Britisch-Ostafrika funktioniert das Treuhandschaftsgebiet Tanganyika als Schrittmacher der Unabhängigkeit. In Julius Nyerere, der wie die andern führenden Nationalisten durch Missionsschulen und westliche Universitäten gewandert ist, hat sich ein vorläufiger Einiger gefunden, dessen Partei die Stammesrivalitäten überbrückt und dessen toleranter Geist es der kleinen, doch

über großen Grundbesitz verfügenden europäischen Gemeinschaft einigermaßen erleichterte, die Entlassungspolitik des Colonial Office zu akzeptieren. Tanganyika wird Ende 1961 unabhängig, zu einem Zeitpunkt, da die Bantu Ostafrikas noch um ein beträchtliches Stück weiter zurückgeblieben sind als die Bewohner der Westküste, die länger mit Europa in Kontakt standen. Im benachbarten Uganda steht der planmäßigen konstitutionellen Entwicklung der Konflikt zwischen den vom Gouverneur unterstützten unitarischen Nationalisten und dem zentral gelegenen alten Stammeskönigtum Buganda entgegen. Einstweilen kann man nur sagen, die Stellung des Königs der Baganda (Kabaka) und der von schwarzen Großgrundbesitzern beherrschten Notabelnversammlung (Lukiko) werde Schritt für Schritt unterhöhlt.

Nun, unter Überspringung des später berücksichtigten Sonderproblems von Kenya, in wenigen Strichen die Entwicklung im «Horn von Afrika». Der unbeugsame Kaiser von Äthiopien kehrte nach der italienischen Besetzung in sein Reich zurück und versuchte, ein mittelalterlich gebliebenes Land mit Hilfe ausländischer Experten zu modernisieren. Dadurch wurde eine innere Entwicklung begünstigt, die letztes Jahr zum mißlungenen Versuch eines Putsches gegen die autokratische Herrschaft von Haile Selassie führte. An der kahlen Somaliküste ist 1960 die Republik Somalia ins Leben getreten, entstanden aus dem einzigen Treuhandschaftsgebiet, das den Italienern 1950 noch für zehn Jahre belassen wurde. Britisch-Somaliland schloß sich der Nachbarin im Moment des Flüggewerdens an. Als Reaktion gegen die beginnende Propaganda für eine umfassende Vereinigung aller Somalis rückten Äthiopien und das französische Regime in Djibouti näher zusammen.

In besonders rasendem Tempo vollzog sich der Übergang von der Kolonialherrschaft zur Unabhängigkeit in Französisch-West- und Äquatorialafrika. Anders als London hatte Paris gehofft, durch seine kulturelle Strahlungskraft aus den Afrikanern eine Art schwarzer Franzosen machen zu können. Doch der nationalistische Virus war stärker. Noch gelang es de Gaulle durch die Verfassung von 1958 fast alle Steine des Mosaiks im Verband seiner «Communauté» zu halten, Mauretanien, Sudan, Niger, Senegal, die Elfenbeinküste, Dahomey und Ober-Volta in Westafrika, Chad, Gabon, die Kongorepublik und die Zentralafrikanische Republik in Äquatorialafrika. Assimilierte Führer wie Senghor und Houphouët-Boigny halfen ihm dabei. Doch Guinea unter Sékou Touré brach in die Unabhängigkeit aus, und Paris strafte es für seine Wahl zunächst durch eine Behandlung, die es den offenen Armen der kommunistischen Mächte entgegentrieb, welche allerdings seither auch herausgefunden haben, daß die afrikanischen Nationalisten in erster Linie Afrikaner sind und keine Lust zeigen, eine Kolonialherrschaft gegen eine andere einzutauschen. Schon 1960 mußte allen Partikeln des Mosaiks die Unabhängigkeit gewährt werden, und die kurzlebige Mali-Föderation (Dahomey, Ober-Volta, Senegal, Sudan) fiel auseinander. Frankreich hat es bis jetzt aber verstanden, in

den meisten dieser Gebiete eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen afrikanischen Politikern und europäischem Beraterpersonal aufrechtzuerhalten.

Während Großbritannien und Frankreich in den Nachkriegsjahren die Entstehung einer schmalen, eingeborenen Führungsschicht förderten, beharrten Belgier und Portugiesen auf der Behauptung, ihr Kolonialsystem sei weiser und dauerhafter. Belgien verwaltete den Kongo wie einen industriellen Musterbetrieb, mit großem wirtschaftlichem Erfolg, mit schönen Spitälern, Elementarschulen und ausgewählten Berufskursen für die Kinder der schwarzen Arbeitskraft, doch ohne den «Unsinn», potentiellen Rebellen die europäische Freiheitsliteratur zum Studium zu geben. Portugal regierte Angola und Mozambique ohne das Gift der Rassenschranke, doch mit einer altväterischen Strenge, die zwar den sozialen Aufstieg von «Assimilados» zuließ, aber jede Bildung einer nationalistischen Elite unterdrückte. Das Resultat bestand darin, daß die Zeitzünder im Kongo und in Angola länger brannten und die Entwicklung plötzlich nicht mehr in evolutionären Bahnen gehalten werden konnte. Als 1959 im Kongo das Feuer der ersten ausgedehnteren Gewaltsamkeiten losbrach, stellte Brüssel seine bisherige Afrikapolitik auf den Kopf und entließ 1960 seine dafür politisch höchst unvorbereitete Kolonie in die Unabhängigkeit. Das Chaos ließ nicht lange auf sich warten. Eine Rettungsaktion der Vereinigten Nationen wurde nötig, deren umstrittener Verlauf noch andauert. In Angola begann der nationalistische Vulkan im Frühjahr 1961 auszubrechen, mit schweren Rückwirkungen auf das paternalistische System Salazars, das sich mit der nur kurzfristig wirksamen Methode des «Gegenterrors» zur Wehr zu setzen sucht.

Bis jetzt war vom schwarzen Nationalismus in Afrika die Rede, den die führenden Westmächte für unaufhaltbar halten und mit dem sie sich gegen den kommunistischen Imperialismus zu verbünden suchen. Sie geraten dabei in Konflikt mit den europäischen Kolonisten in Südafrika, Rhodesien und Kenya, welche die Heimstätte verteidigen, die sie dort gefunden glaubten. In Kenya haben im Lauf von knapp zwei Generationen höchstens 10 000 europäische Farmer und etwa 50 000 weiße Stadtbewohner zusammen mit asiatischen Handelsleuten ein blühendes Gemeinwesen aufgerichtet. Sie herrschten, bildeten zahlenmäßig aber nur ein Prozent der Bevölkerung. Die fruchtbare Juralandschaft der «White Highlands» war von ihnen mit Beschlag belegt. 1952 nahm der Landhunger und der mottende Nationalismus der Kikuyu, des zahlreichsten, lebhaftesten Stammes in Kenya, die gewalttätige und finstere Form der Mau-Mau-Bewegung an, die Gouverneur, Siedler und Truppen mehrere Jahre lang in Atem hielt. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt war, wurde in London beschlossen, die schrittweise Übergabe der Macht an die «gemäßigten» jüngeren Nationalisten Kenyas einzuleiten. 1960 gewährte Kolonialminister Macleod eine Verfassung, die den Afrikanern die Mehrheit im gesetzgebenden Rat gab. Im Frühjahr 1961 trat die «gemäßigte» KADU-Partei unter Ronald Ngala in

die Regierung ein. Doch Tom Mbojas KANU-Partei blieb in der Opposition, während der Gouverneur eine schrittweise Freilassung des alten Jomo Kenyatta einleitete.

Während Kenya bisher vor allem von Kolonialbeamten regiert wurde und die kleine europäische Gemeinschaft kaum die Mittel hätte, um sich gewaltsam gegen die Anpassungspolitik Londons aufzulehnen, ist in Rhodesien seit den Zeiten von Cecil Rhodes eine Pflanzgesellschaft entstanden, die heute über eigene Streitkräfte und über eine eigene politische Spitze verfügt. Die südrhodesischen Siedler, die für das Gebiet zwischen Sambesi und Limpopo Dominionstatus errungen hatten, versuchten nach dem Krieg, ihren beherrschenden Einfluß auf den nordrhodesischen Kupfergürtel und das «Arbeiterreservoir» Nyassaland auszudehnen. Sie stießen dabei auf den zunehmenden Selbstständigkeitswillen schwarzer Emanzipationspolitiker, welche die scharfe politische, wirtschaftliche und soziale Diskriminierung in einem System kritisierten, in dem ein zahlenmäßig sehr kleines Herrenvolk die Massen der Eingeborenen als Heloten behandelte. 1953 wurde das zu drei Vierteln selbständige Südrhodesien mit den in bezug auf die politischen Rechte der Afrikaner weiterhin dem Kolonialministerium unterstehenden Protektoraten Nordrhodesien und Nyassaland zur Zentralafrikanischen Föderation zusammengefaßt. Die Afrikaner in den nördlichen Protektoraten waren dagegen. Sie befürchteten, eines Tages ganz unter die Herrschaft der Siedlerregierung in Salisbury zu geraten.

Die Föderation erwies sich wirtschaftlich und administrativ als Erfolg, geriet aber politisch in Krise, als der schwarze Nationalismus in Afrika zu galoppieren anfang und gleichzeitig südlich des Limpopo das Regime der Apartheid sich verschärfte. Im Lauf von 1959 begannen die großen Minengesellschaften ihre Subventionen an die Partei Sir Roy Welenskys einzustellen und engere Kontakte mit Kenneth Kaunda, dem Führer der Unabhängigkeitspartei in Nordrhodesien, zu pflegen. Im Frühjahr 1960 hielt Macmillan seine historische Rede vor dem südafrikanischen Parlament in Kapstadt («The wind of change»), in der er anzeigte, daß für das im Commonwealth mit farbigen Staaten in Afrika und Asien verbündete Großbritannien letzten Endes der schwarze Nationalismus schwerer ins Gewicht fallen müsse als die Erhaltung einer exklusiven weißen Suprematie irgendwo in Afrika. Kurz darauf wurde auf britischen Druck Dr. Banda, der «Nationalheld» der Nyassas, aus dem Gefängnis in Salisbury entlassen. Macleod hat sowohl Nyassaland wie Nordrhodesien eine neue Verfassung gegeben, die in der Richtung der allmählichen Machtübergabe an afrikanische Politiker zeigt. Die Vorstellung einer «Rassenpartnerschaft» in der Zentralafrikanischen Föderation hat sich als Illusion oder Zweckklüge erwiesen. Die Polarisierung der Gegensätze, die mit dem steilen Gefälle zwischen den beiden Zivilisationen zusammenhängt, weist eher auf zentrifugale Anlehnungen zwischen Südrhodesien und Südafrika sowie zwischen den nördlichen Protektoraten und den Föderationsplänen Nyereres hin.

Die Südspitze Afrikas gehört bis auf weiteres dem weißen Nationalismus der Buren. Das Kap der Guten Hoffnung hieß ursprünglich «Cabo Tormentoso». Holländische Einwanderer begannen dort vor mehr als 300 Jahren zu siedeln, bevor von Nordosten die Bantu herabkamen. Als die Engländer das Kap zur Zeit Napoleons aus strategischen Gründen besetzten, zogen sie auf ihren Ochsenkarren weit landeinwärts. Zwei Menschenalter später holte sie der britische Imperialismus, der auf das Gold am Witwatersrand griff, dort auch ein. Es kam zum Krieg zwischen den Burenrepubliken und Großbritannien. Ihrer Niederlage folgte ein liberaler Friede und das Experiment der Union zwischen dem altholländischen und dem britischen Teil der weißen Bevölkerung. Die Loyalitätspolitik Smuts' gegenüber England im zweiten Weltkrieg rief die burisch-nationalistische Reaktion Malans hervor. In den letzten zwölf Jahren haben die Nachfolger Malans die Herrschaft ihrer Volksgruppe, die nur etwa ein Achtel der Gesamtbevölkerung Südafrikas ausmacht, mit allen Mitteln der Manipulation der Macht ausgebaut. Ihr starres Festhalten am Prinzip der totalen Apartheid zwischen der weißen Minderheit und der dreimal so starken farbigen Mehrheit hat im Frühjahr 1961 zum Ausscheiden der Union aus dem Commonwealth geführt.

Damit ist die flüchtige Skizze der Umwälzung Afrikas in den letzten 15 Jahren beendet. Wer in diesem Zeitraum in verschiedenen Gebieten des «schwarzen Erdteils» Eindrücke gesammelt hat, fragt sich vor allem, ob der Begriff «Nation» auf die jungen afrikanischen Staaten überhaupt angewendet werden kann. Viele von ihnen haben recht willkürliche Grenzen, die auf den Berliner Kongreß von 1878 zurückgehen. Die meisten sind von verschiedenartigen Stämmen bewohnt, die verschiedene Sprachen sprechen. Hält sie ein altes kulturelles Erbe zusammen? Winzigen Eliten, die ihre Bildung oder Halb-bildung im Westen bezogen, stehen primitive Massen gegenüber, von denen im Lauf einer Generation der Sprung aus der Steinzeit ins Atomzeitalter verlangt wird. Es herrscht überall ein erschreckender Mangel an einheimischem Personal. Ein großes Dorf am Zürichsee enthält heute noch mehr technisch, administrativ und humanistisch geschulte Leute als mancher afrikanische Staat mit einer Millionenbevölkerung. Unter solchen Umständen eine demokratische Entwicklung zu erwarten, ist grotesk. Es hat sich denn auch überall eine Tendenz zum Führerstaat gezeigt; nur das Kriterium, ob das autoritäre Regime mehr oder weniger aufgeklärt oder durch die schlaffmachende Natur des Klimas gemildert sei, ist angemessen. Die Gefahren, die den neuen Staatsgebilden in Afrika drohen, zeichnen sich bereits deutlich ab. Man braucht nur an die Stammesrivalität zu denken, die den Kongo zerreißt, oder an die explosive Spannung zwischen dem schwarzen Proletariat und dem wohlhabenden, kultivierten Bürgertum der braunen Minderheiten indischen Herkommens. Auch hat sich schon gezeigt, daß die neuen Führer stets der Versuchung ausgesetzt sind, mit den kommunistischen Mächten zu flirten und wirtschaft-

lich lähmende Sozialisierungen anzuordnen, um von ihren radikalen Rivalen nicht überspielt zu werden.

Die Sowjetunion und neuerdings auch das kommunistische China versuchen, in die ungenügend ausgefüllten Räume einzudringen, die der abziehende Kolonialismus Europas in Afrika hinterläßt. Bis jetzt haben allerdings mehrere afrikanische Regierungen zwar kommunistische Wirtschaftshilfe und antiwestliche Propagandathesen angenommen, die Bildung kommunistischer Parteien jedoch wirksam verhindert. Auch die Bäume des Islams, der vom Südrand der Sahara und an der Ostküste vordringt, werden vielleicht nicht so in den Himmel wachsen, wie Oberst Nasser möchte. Den Negern ist nicht nur bewußt, daß die Russen Weiße sind, sondern auch, daß die Araber im schwarzen Afrika lange vor allem als Sklavenjäger bekannt waren.

Den Vereinigten Staaten wird oft vorgeworfen, sie hätten durch ihr anti-koloniales Vorurteil den Zusammenbruch der europäischen Vorherrschaft in Afrika beschleunigt. Vor allem in den Augen der Siedler, die ihre Welt dahinschwinden sehen, ist Amerika der große Bösewicht. Aber was wäre die Alternative gewesen? Ein halb oder ganz Afrika umfassendes Guerrilla-Schlachtfeld und eine entblößte NATO-Front in Europa! Besonders im Bereich der Landwirtschaft und der Erziehung haben die Amerikaner schon viel getan, um den jungen afrikanischen Staaten zu einer Basis zu verhelfen. Allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, daß Kapitalgüter allein nicht genügen, um unter tropischem Himmel eine Volkswirtschaft auf die Beine zu stellen, sondern daß man, nach neuen Formeln, zuerst den Zugang zum anders gearteten Menschen finden muß. Hier wartet auf Europa eine dringende, große, neue Aufgabe. Bis jetzt floß die europäische Entwicklungshilfe für Afrika durch die auf ihre Weise nationalistischen Kanäle der Kolonialmächte. Eine großzügigere Koordination wäre nicht nur wirtschaftlich erfolgreicher, sondern würde auch eine eindruckliche Antwort auf den Slogan vom «Neo-Kolonialismus» darstellen, wie er, von Peking, Moskau und Kairo inspiriert, an den panafrikanischen Kongressen umgeht.